Versammlung war aber folgender Vorfall: Um sich wichtig zu tun, kündigte Toni eine „Enthüllung" über kommende neue bedeutungsvolle Ereignisse auf finanzpolitischem Gebiet an. Da rief der Genosse Wolf, Altstadt, dazwischen:

„Sagen Sie es lieber nicht, sonst steht es morgen wieder in der Arbeiterstimme!"

Als dann die „vertrauliche Mitteilung" kam, waren wir sehr enttäuscht. Sie erzählte uns, es sei ein amerikanischer Staatssekretär nach Deutschland unterwegs, und das sei doch nicht bedeutungslos!!! Toni wollte uns also wiederum das neue alte Märchen von dem Segen der amerikanischen Dollarsonne erzählen, der unsere kapitalistische Mißwirtschaft beseitigen könne. Der Vorstand hatte sich im übrigen sehr stark dagegen gesichert, daß die Parteigenossen nicht schriftliche Notizen machten.

Besondere Schläger waren ausersehen, von den Gängen der alle Mitglieder zu beobachten. Diese Tatsache fand dadurch zunächst ihren Ausdruck, daß sich niemand zum Wort melden wollte, aber als es losging, fühlte man, welche Stimmung in unserer Organisation ist. Am deutlichsten kam es zum Ausdruck bei dem jungsozialistischen Genossen Liebermann, der in leidenschaftlichen Worten das Verbrechen der Notverordnung an den jugendlichen Erwerbslosen geißelte und der unter starkem Beifall feststellte, daß diese Notverordnung die Jungarbeiter direkt in die Arme des Verbrechens treibe. Er reichte einen Zusatzantrag zur Vorstandsresolution ein, der die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses beziehungsweise des Reichstages forderte. Dr. Fabian nahm heftig Stellung gegen Toni Sender. Wir betrachten es jedoch als ein Zeichen politischer Schwäche, daß er zum Schluß beinahe rein persönlich die Fragen abhielte, die doch in Wahrheit nicht persönlich, sondern grundsätzlich gewertet werden müssen. Nach ihm sprach Genosse Meusner, der sich ebenfalls scharf gegen die Tolerierungspolitik wandte. Ein Beamtenvertreter der Eisenbahn gelobte zwar Treue der Partei und der Gewerkschaft, schilderte jedoch die ungeheure Auswirkung des Kumulationsabbaues durch die Notverordnung.

Eine Widerlegung der Edelschen Lügen brachte Wolf, Altstadt, der zunächst hauptsächlich seinen Aerger über meinen Bericht aus der Altstädter Versammlung zum Ausdruck brachte, aber gleichzeitig erklärte,

daß der Bericht in der Arbeiterstimme leider wortwörtlich mit den Tatsachen übereinstimme.

Der Funktionär Fleißner wandte sich scharf gegen die Haltung der Reichstagsfraktion und verließ, wahrscheinlich aus Empörung, noch vor dem Schlußwort die Funktionärversammlung. Genosse Pfütsner gab der Stimmung der Erwerbslosen Ausdruck. Er erklärte:

„Kein Sozialdemokrat ist am Arbeitsnachweis mehr in der Lage, die Tolerierung Brünings durch die SPD-Fraktion zu verteidigen, weil man ja selbst darunter leiden muß. Durch die Haltung unserer Fraktion entziehen wir uns immer mehr das Vertrauen der Massen. Die Tolerierungspolitik muß ein Ende haben. Aber bei uns gibt es immer nur Aufschub, Vertröstung, aber kein Handeln. Genossen, glaubt einer von euch, daß wir bei den kommenden Preußenwahlen etwas gewinnen werden, oder bei einer nochmaligen Reichstagswahl? Wir werden diesmal noch mehr Sitze verlieren als am 14. September. Wir bekommen keine hundert herein. Vielleicht kommt es noch so, daß nur noch eine Parteigruppe übrig bleibt. Dann aber ist es zu spät."

Als er dafür bei einem großen Teil der Versammelten Beifall erhielt, sprang sofort der dicke Sachs in die Bresche, um die Politik der Partei zu verteidigen. Inzwischen waren auch eine Anzahl Oberbonzen erschienen, unter ihnen Edel, der sich empörte über die „kommunistischen Fälschermethoden". Insbesondere beschwerte er sich darüber, daß man ihm in der Arbeiterstimme vorwerfe, er habe sich gegen die Millionärsteuer ausgesprochen. (?? Will Edel dies etwa leugnen? — Red. d. Arbeiterstimme.)

Ich weiß ja jetzt — und auch die Erklärung des Genossen Wolf bestätigt das — was ich von den Versuchen Edels, sich reinzuwaschen, zu halten habe. Hat er doch meinen Bericht als persönlichen Feindbericht bezeichnet, von dem Wolf zugeben mußte, daß er den Tatsachen entspricht. Nachdem Sender die weitere Debatte abgewürgt hatte, konnte Toni Sender im Schlußwort ihre ganzen Redekünste noch einmal entfalten. Sie benutzte sie, um die Angriffe Fabians mit persönlichen Gegenangriffen und Verdächtigungen zu beantworten. Der arme Kerl wurde auch noch indirekt beschuldigt, die Berichte der Arbeiterstimme gemacht zu haben. Sie war empört, daß Fabian gesagt hat, seit dem 14. Mai habe die Partei nichts, aber auch gar nichts geschaffen. In ihrer Wut schrie sie Fabian zu:

Wenn es ihm nicht mehr in der Partei gefalle, solle er dorthin gehen, wo er glaube, daß es besser gemacht werde.

Dieser Ausbruch zeigt, auf welchem Niveau sich die politische Auseinandersetzung, die die Genossin Sender führt, bewegt. Sie „bedauerte", daß Fleißner den Saal verlassen hatte, bevor sie das Schlußwort erhielt.

Zum Schluß packte sie noch einmal all ihre Versammlungsredenerphrasen aus und erhielt dafür den starken Beifall einer bestimmten Sorte von Funktionären. Bei der Abstimmung über die Resolution ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Aus Furcht vor der Stimmung der Mitglieder und Funktionäre beantragte Edel als Zusatzantrag zu dem Satz: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln die Notverordnung zu bekämpfen", den Satz hinzuzufügen:

„... auch evtl. vor dem Sturz der Regierung Brüning nicht zurückzuschrecken."

Diese Einfügung wurde direkt gemacht, um den Antrag des Genossen Liebermann hinfällig zu machen. Immerhin erhob sich für den Abstimmung für diesen Zusatzantrag des Genossen Liebermann eine starke Minderheit. Auch diesmal wollte ich erst den Bericht der Volkszeitung abwarten, bevor ich mich entschloß, meinen auch zu senden. Ich glaube, durch den Bericht vor allem über die Diskussion den Dresdner Arbeitern und meinen Gesinnungsfreunden in der Partei gedient zu haben. Ich werde mich nicht davon abhalten lassen, auch weiter zu berichten.

Nur noch 100 Mill. Mark Golddeckung!

1 Milliarde Devisenverluste / Verschärfung der Krise in Deutschland

Berlin, 19. Juni.

Am Devisenmarkt setzt heute wieder verstärkte Nachfrage ein. Der Dollarkurs wurde gestern von der Reichsbank auf 4.21.30 festgesetzt. Vorgestern stand er auf 4.21.25. Nach Schätzung sollen 10 bis 15 Million Dollar von der Deutschen Notenbank abgegeben worden sein.

•

Erst jetzt erfährt man, daß infolge der ausländischen Kreditkündigungen und der deutschen Kapitalflucht die die Reichsbank zwangen, über eine Milliarde Gold und Devisen an das Ausland abzugeben, die Golddeckung der Währung einen Stand erreicht hat, der **nur noch mit etwa 100 Millionen** von ihrer **Mindestgrenze** entfernt ist. **Wie stark bereits die inflationistischen Tendenzen** sind, das zeigt die Tatsache, daß am Donnerstag die Reichsbank erneut **rund 350 000 Pfund Barrengold** abgeben mußte, **um die Mark auf den ausländischen Plätzen zu stützen.** Dieses Währungsbarometer zeigt die Verschärfung der Krise.

Wohlfahrtsamt in Brand gesteckt

Verzweiflungsakte Berliner Erwerbsloser

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern ist es in Berlin wieder zu Ausbrüchen der Empörung und Verzweiflung gekommen. Als gestern morgen die Erwerbslosen das Wohlfahrtsamt des 5. Bezirks, Abtlg. Extraunterstützung, aufsuchten, wurden sie wiederum abgewiesen. Die Beamten erklärten, sie könnten **infolge der Notverordnung keine Sonderunterstützung gewähren. Darauf ergriffen die verzweifelten Erwerbslosen die Akten und steckten sie in Brand. Mit 4 Löschzügen erschien die Feuerwehr, um das brennende Wohlfahrtsamt zu retten.** Die alarmierte Polizei verhaftete einen unbeteiligten Erwerbslosen, der später wieder freigelassen werden mußte.

Auch auf dem Neukölliner Wohlfahrtsamt wurde den Erwerbslosen und den anderen Hilfsbedürftigen gesagt, daß auf Anordnung des Magistrats keine Sonder- oder Mietunterstützung gewährt werden könnte. **Hierauf warfen die Erwerbslosen sämtliche Schränke, Schreibmaschinen, Akten und Lampen durch die Fenster auf den Hof.** Viele Beamte erklärten, sie wunderten sich, daß erst jetzt solche Ausbrüche vor sich gingen, während ein weiterer Teil der Angestellten offen ihre Solidarität mit den hungernden Massen bekundeten. Die auf dem Wohlfahrtsamt abgewiesenen Erwerbslosen ergriffen dann in der Lebensmittelfiliale Goldacker Brote und andere Lebensmittel. Die herbeigeholte Polizei ging mit gezogenen Revolvern vor, **konnte aber angesichts der Massenbeteiligung nicht verhindern, daß unter ihren Augen Lebensmittelgeschäfte ausgeräumt wurden.** Uns wird berichtet, daß ein Teil der Polizeibeamten sich sehr zurückhaltend verhielt, was wohl nicht zuletzt an dem ungeheuren Gehaltsabzug durch die Notverordnung liegt.

Sturm gegen Wels im ganzen Reich

Köln, 20. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wir sind heute in der Lage, über die am 13. Juni stattgefundene Unterbezirkskonferenz und Generalmitgliederversammlung der SPD Köln einen tatsachengetreuen Bericht zu geben und die von der SPD-Presse verschwiegenen Sturmszenen zu schildern. Während des Referats Sollmanns hagelte es von Zwischenrufen, besonders seitens der Gäste, die durch ein Seil von den Delegierten getrennt waren. „Sie sind ein Lump!" „Sie belügen die Arbeiter!" tönte es Sollmann entgegen, der kreideweiß wurde und nur stockend sein Manuskript weiterlas. Die Diskussion sollte abgewürgt werden. Wütender Protest erhob sich. Der oppositionelle Delegierte Maß sprach gegen den Antrag, und dieser wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Nun begannen eine Reihe von Diskussionsreden, die sich fast durchweg gegen den Leipziger Parteitag und seine Beschlüsse richteten. Leberecht erklärte, daß die Entwicklung Deutschlands nicht mehr unter dem Gesichtspunkt des Parlamentarismus beurteilt werden könne, vielmehr stehe jetzt die Frage: Diktatur des Proletariats oder Diktatur des Kapitalismus. Die sozialistische Planwirtschaft an Stelle der jetzigen kapitalistischen Anarchie sei nur mit den Mittoln der Diktatur zu erreichen. Lenzen verlangte die sofortige Einberufung des Reichstages und die Ablehnung der Notverordnung. Weingartz meinte, daß die Tolerierung Brünings nicht mehr verantwortet werden könne: „Nicht stützen, sondern kämpfen müssen wir." Rosenberg sagte wörtlich:

„Die SPD schiebt den Faschisten immer mehr Macht zu. Das kann man nicht mehr vor der Masse verantworten!"

Maß führte aus: „Die jämmerliche Haltung des Parteitages hat die Massen ungeheuer enttäuscht. Es ist nichts für die Arbeiterklasse dabei herausgesprungen." Sollmann verdrehe alles, wenn er behaupte, daß die Notverordnung den SPD-Führern vor Erlaß unbekannt gewesen sei. Der Rote Kämpfer sei das Blatt der Arbeitergenossen in der Partei und werde trotz Verbot durch den Parteivorstand weiter vertrieben. In seinem Schlußwort schulmeisterte Sollmann die Diskussionsredner und erzählte das Märchen, die Notverordnung sei den SPD-Führern so unbekannt gewesen, daß vom Leipziger Parteitag aus ein Kurier nach Berlin hätte geschickt werden müssen, dem es aber nicht gelungen sei, den Inhalt der Notverordnung zu bekommen. Auf diese blöde Ausrede antwortete Maß mit einem scharfen Zwischenruf. Hochroten Kopfes forderte Sollmann vom Vorsitzenden Schutz, worauf Schröder ein Angestellter der Stadt mit 12 000 Mark Einkommen, den lange vorbereiteten Antrag stellte, Maß aus der Partei auszuschließen. Der Aufforderung, den Saal zu verlassen, kam Maß nicht nach. Der Saalschutz stürzte sich auf ihn, und er sollte mit Gewalt entfernt werden. Es entstand ein Handgemenge und ein ungeheurer Lärm. Ein Arbeiter stellte sich schützend vor Maß, hielt eine Bierflasche in der Hand und rief dem Saalschutz zu: „Rührt ihn nicht an, sonst figt die Flasche da, wo ihr den Kopf habt!" Der Saalschutz wich zurück. Infolge der stürmischen Erregung war die Abstimmung über den Ausschluß unübersichtlich. Kaum die Hälfte, nur Bonzen und ihre Anhänger waren dafür. Die anderen Delegierten, und vor allem die Gäste, erhoben lauten Protest. Maß und der Arbeiter, der sich schützend vor ihn gestellt hatte, verließen den Saal. Sollmann brach sein Schlußwort ab, und die Versammlung wurde so übereilt geschlossen, daß der Vorstand sogar auf die Abstimmung über seine eigene Resolution verzichtete.

Wels-Agent hinausgeworfen

Erfurt, 20. Juni. (Eig. Drahtm.)

In Neustadt (Orla) kam es in einer SPD-Mitgliederversammlung, in der vom Leipziger Parteitag berichtet wurde, zu scharfen Zusammenstößen. Als in deren Verlauf eine Kreatur des Parteivorstandes, namens Herzog sich provozierend auf den Standpunkt Wels und Sollmanns stellte, wurde er von den Arbeitern aufgefordert, die Versammlung zu verlassen. Als er das nicht tat, wurde er regelrecht hinausgeworfen.

Uebertritt zur KPD

Der Vorsitzende des Steinarbeiterverbandes Senftenberg

Senftenberg, 20. Juni. (Eig. Drahtm.)

Der langjährige Vorsitzende des Steinarbeiterverbandes Zahlstelle Senftenberg, August Endom, ist zur Kommunistischen Partei übergetreten. Gleichzeitig erklärte das frühere Betriebsratsmitglied Andreas Dimbulik seinen Eintritt in die KPD. Er habe schon seit Wochen innerlich mit der SPD gebrochen, da er ihre verräterische Politik nicht mehr mitmachen könne.

Neuer Wahlerfolg der KPD

In Ueberau (Hessen) fand dieser Tage die Wahl eines Beigeordneten statt. Beim ersten Wahlgang am 7. Juni erhielt der **kommunistische Kandidat 281 Stimmen** gegenüber 211 kommunistischen Stimmen bei der Reichstagswahl am 14. September 1930. Damit hatte der kommunistische Kandidat gleichzeitig auch **die meisten Stimmen** erhalten. Am 14. Juni fand die Stichwahl statt bei der der Kommunist nur noch einem Nationalsozialisten gegenüberstand. Bei dieser interessanten Entscheidung **schlug der kommunistische Kandidat mit 341 Stimmen den Nazikandidaten, der 331 Stimmen erhielt.** Die Sympathie der breiten Bevölkerung zur KPD ist im Wachsen wir werden die Nazis, die jetzt als Hilfstruppe der Brüning-Regierung die Durchführung der Notverordnung sichern, gründlich schlagen.

Im Rathaus in Harburg-Wilhelmsburg wird gegenwärtig ein Riesenprozeß gegen 70 revolutionäre Arbeiter wegen Landfriedensbruch durchgeführt. Das mutige Auftreten der revolutionären Arbeiter führte zu heftigen Zusammenstößen mit dem Staatsanwalt und dem Gericht. Als das Gericht noch gegen die Angeklagten verschärfter vorging, antworteten die Angeklagten mit dem Gesang revolutionärer Kampflieder. Der Gesang revolutionärer Lieder erfüllte weiter den Gerichtssaal. Nur mit Hilfe eines Ueberfallkommandos gelang es, die „Ruhe" wieder herzustellen.

KPD-Antrag gegen Krisensteuer

Für Sonderbesteuerung hoher Einkommen

Die kommunistische Fraktion hat im Sächsischen Landtag einen Antrag eingereicht, der verlangt,

Einspruch gegen die Einführung der Krisensteuer zu erheben und zu fordern, daß an Stelle der Krisensteuer eine Sondersteuer, und zwar für Einkommen von 8—15 000 Mark 3 Prozent, 15—50 000 Mark 5 Prozent, 50—100 000 Mark 8 Prozent, 100—250 000 Mark 10 Prozent und darüber hinaus 25 Prozent erhoben wird.

Zwangsarbeit und Verschickung

Weitere 17 Prozent Gehaltsraub für Büroangestellte!

Wie die Blätter melden, haben die Gewerkschaftsbonzen mit der Reichsregierung verhandelt über die Einführung der Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich bei den Behördenangestellten. Das bedeutet einen 17prozentigen Gehaltsraub! Die Gewerkschaftsführer erklärten zwar, daß sie sich dagegen „wehren", sie werden aber keinen Kampf gegen die Forderungen der Unternehmer führen. Nur ein Kampf unter der Losung der RGO für die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich wird diesen neuen Gehaltsraub abwehren.

Wer täuscht wen?

Die Umbildung der Reichsregierung beginnt bereits!

Die Umbildung der Brüningregierung ist in vollem Gange. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts werden bereits die Personaländerungen beraten. Diese Beratung ist nichts anderes als die Durchführung der volksparteilichen Forderung an Brüning.

Die Volkszeitung tut ja, als sei sie noch im unklaren über den Sinn dieser „Beratungen". Allerdings muß sie zugeben, daß die bereits bekannten Aenderungen im Reichsfinanzministerium einen direkten Vertrauensmann der Schwerindustrie, Dr. Jorden von der DVP auf den Posten des Staatssekretärs berufen werden. Dieser Jorden ist der Mann, der die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattung und die Kürzung der Beamtengehälter durchgesetzt hat.

Die Volkszeitung heulmeiert dazu:

„Darf man fragen, ob diese Personalveränderung etwa als Anfang der von der Volkspartei geforderten Umbildung des Kabinetts zu betrachten ist?"

Erbärmliches Geschwätz! Wer täuscht hier wen? Die Volkszeitung, die die Rolle des betrogenen Betrügers spielt, wird keinen Arbeiter darüber hinwegtäuschen können, daß jetzt, nachdem die SPD Brüning vor dem KPD-Vorstoß gerettet hat die Umbildung, die man zu verhindern vorgab, eben deshalb erfolgen kann, weil Brüning von der SPD gerettet wurde.

Die SPD hat der faschistischen Diktatur der Schwerindustrie nicht nur den Weg geebnet, sondern trägt direkt zu ihrem Ausbau bei. Die Arbeiterschaft weiß jetzt, wozu sie ist. Sie wird unter der Führung der KPD dem Diktaturkabinett und den SPD-Führern zu antworten wissen!

Verantwortlich für Lokales: R. Wagner, Zittau; für Politik (außer Auslandsteil), Parteiarbeit, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterfunk: Rudolf Rellig, Dresden; für Ausland: Karl Paulsner, Berlin; für Anzeigen und Reklamen: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schubert, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2.